Haushaltsrede 2005

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

17. März 2004

Ostbevern 18.03.2005

Es gilt das gesprochene Wort

Haushaltsrede

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrter Herr Bürgermeister

Die Weihnachtstage und der Jahreswechsel wurden von der schrecklichen Flutkatastrophe in Südostasien überschattet. Unendliches Leid und Zerstörung sind über eine ganze Region gekommen, aber auch die ganze Staatengemeinschaft ist durch den Verlust vieler Menschen betroffen.

Die große Bereitschaft zu Hilfe und Spenden sind Ausdruck einer weltweiten Solidarität, um die Folgen dieser Katastrophe zumindest materiell aufzufangen. Nur durch das gemeinsame Handeln kann es gelingen, auf absehbare Zeit das Gleichgewicht wieder herzustellen.

Vor diesem Hintergrund erscheinen die Probleme in Ostbevern beinahe unbedeutend.

Unser Dank gilt allen Ostbeveranern die spontan durch Ihre Spendenbereitschaft dazu beigetragen haben das unendliche Leid in Südostasien ein wenig zu lindern.

Um so wichtiger ist es, dass Ostbeverns Gemeindepolitik vom Prinzip der Solidarität getragen wird.

Bei wegbrechenden Finanzmitteln der öffentlichen Haushalte ist der Erhalt der Standards schon schwierig, der Ausbau ehrgeizig.

Der Erhalt der kommunalen Handlungsfähigkeit, das heißt die Vermeidung einer kommunalen Insolvenz muss als Ziel ganz nach oben gestellt werden.

Wir stünden in Sachen Kommunal финанzen (und das ist die Wahrheit Herr Brand) im übrigen weit besser da, wenn nicht

CDU und FDP die Reform der Gemeindefinanzen auf Bundesebene verhindert hätten. Wir wollten die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei der Gemeindefinanzsteuer.

Wir wollten mehr Verlässlichkeit für die Kommunen.

Und wer hat das verhindert?, versemmt?

Ihre Kolleginnen und Kollegen von Union und FDP in Bund und Ländern.

Sie sind damit die eigentlichen Totengräber der kommunalen Finanzen!

Und nun stimmen Sie hier das Klagegedicht einer schlechten kommunalen Finanzausstattung an.

Das ist zutiefst unredlich, scheinheilig und vor allem äußerst durchschaubar.

Wir Grüne setzen uns in Kommune, Land und Bund jedenfalls weiterhin für eine wirkliche Reform der Gemeindefinanzen auf Bundesebene ein.

Auf vieles können wir Einfluss nehmen.

Vieles können wir nur begleiten

Hartz I, dann II, dann III, dann IV – dann steht die Armut vor der Tür.

Wie sagten Sie Herr Bürgermeister:

Ein Ergebnis im Vermittlungsausschuss aller Parteien zur späten Stunde unter Einwirkung mehrerer Flaschen Rotwein.

Eine finanzielle millionenschwere Entlastung der Kommunen, wie versprochen, kann ich zur Zeit nicht erkennen.

Hartz IV aber ohne gesicherte Zahlen schlecht reden und rechnen zu wollen halte ich für unseriös.

Die versprochene Entlastung aus Hartz IV muss unter Einbezug der Revisionsklausel nicht nur im Saldo stimmig sein, sondern auch in der örtlichen Verteilung. (NRW-Anteil und jede einzelne Kommune) Zur Umsetzung bietet das kommunale Optionsgesetz ausdrücklich Arbeitsgemeinschaften an.

Hier sollen zwei gleichberechtigte Partner arbeiten und jeder tut was er am besten kann.

Die Institution und deren Interessen sollen nicht im Vordergrund stehen, sondern der Mensch. (Und das ist auch gut so)

Leider wusste unser Landrat Dr. Wolfgang Kirsch nicht wo die Stadt Herford liegt, schon gar nicht wusste er was mit dem

Begriff „Herforder Modell“ anzufangen.

Schön, dass es den Bürgermeistern gelungen ist vor genannte Arbeitsgemeinschaften im Kreise Warendorf gegen den Willen des Landrates zu installieren.

Dieser wollte ursprünglich Hartz IV direkt über eine pauschale Anhebung der Kreisumlage abrechnen lassen.

Eine Spitze, direkte Abrechnung, der jeweiligen Gemeinde mit dem Kreis Warendorf wird nun erfolgen. Dieses macht die Sache für jede Kommune transparent und somit ehrlicher.

Keine Kommune kann sich unter dem Mäntelchen der Kreisumlage verstecken.

Hoffen wir, dass die Zahl der Betroffenen in Ostbevern zurückgehen wird.

Arbeitslosigkeit und Armut sind eine soziale Geisel, die häufig zur Ausgrenzung aus unserer Gemeinschaft führen.

Warten wir also ab, was uns die weitere Entwicklung bringen wird, – wahrscheinlich Hartz V, was immer sich dann dahinter für ein genialer Erguss verbergen wird.

Die Umsetzung der Offenen Ganztagschule ist ein folgenreicher Eingriff in das System Schule. Die Bildungslandschaft in Ostbevern wird nachhaltig verändert, das kann unter bestimmten Voraussetzungen gut werden.

Betreuung, nicht nur verstanden als Beaufsichtigung, sondern als Unterstützung und Beziehungsarbeit.

Bildung nicht nur verstanden als das Vermitteln von Wissen, sondern auch als Förderung der Persönlichkeitsbildung und die Aneignung sozialer und kultureller Kompetenzen.

Es geht schließlich um 6-, 7-, 8-, und 9 jährige Schülerinnen und Schülern.

Unsere Mutter u. Kind Hilfe und dem Jugendwerk möchte ich an dieser Stelle recht herzlich für Ihre geleistete Arbeit Dank sagen. Wir hoffen, dass wir bei der Einrichtung der Offenen Ganztagschule auf die bewährte fachliche Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Einrichtungen setzen können.

Der Bedarf an einer Ganztagsbetreuung ist da und wird von unseren Mitbürgern eingefordert.

Unser jetziges Angebot kann diesen Anfragen bei Weitem nicht mehr nachkommen. Versuchen wir den Weg unserer Telgter Nachbargemeinde zu gehen.

Über alle Parteigrenzen hinweg ist es Telgte gelungen die

offene Ganztagschule einzurichten.

Auch unsere Kleinsten unter 3 Jahren dürfen wir nicht aus den Augen verlieren.

Der Bedarf an Betreuung ist da. (zur Zeit ca. 30 Plätze lt. Auskunft der Mutter-Kind Hilfe)

Unser Schulangebot muss komplettiert werden.

Die Errichtung einer Verbundschule - sprich Hauptschule und Realschule unter einem Dach muss unser aller Ziel sein.

Schön ist es wahrnehmen zu können, dass hier endlich eine deutliche Mehrheit im Rat an einem Strang zieht. Es sei daran erinnert, dass es mal eine CDU-Fraktion gab, die uns vorwarf, mit der Einrichtung einer Verbundschule, eine Gesamtschule über die Hintertür einführen zu wollen. Gute Argumente überzeugen aber auch Hartgesottene. (Kreativpartikel)

Der Wunsch der FDP nach einer eigenständigen Realschule halte ich allein auf Grundlage der Schülerentwicklung für nicht realisierbar.

Das jüngst durch Rot Grün in Düsseldorf **gegen** die Stimmen von CDU und FDP verabschiedete neue Schulgesetz lässt die Verbundschule ausdrücklich zu.

Wie in den vergangenen Jahren fordern wir weiterhin die Einrichtung von Treffpunkten für Jugendliche.

Ostbevern gilt als kinder- und familienfreundliche Gemeinde.

An der Jugendfreundlichkeit müssen wir noch massiv arbeiten.

Hier hat Ostbevern noch erhebliche Defizite.

Die Mehrheit im Rat und der Bürgermeister wollen aus fadenscheinigen Gründen diese Treffpunkte nicht.

Und hier unser Vorschlag:

Wir, der Ortsverband von Bündnis 90/Die Grünen, errichten in diesem Jahr auf eigene Kosten einen offenen Jugendtreffpunkt.

In Abstimmung mit der Verwaltung wollen wir mit den Jugendlichen einen solchen ersten offenen Treffpunkt errichten.

Sie meine Damen und Herren von der CDU legen vor der

Kommunalwahl ein wunderschönes Boule-Feld für unsere älteren Mitbewohner in unserer Streuobstwiese an.

Auch ein wunderbarer Treffpunkt. Was den Senioren recht ist muss den Jugendlichen billig sein.

Lassen Sie mich eins ganz deutlich an dieser Stelle sagen: Ein Haushalt der diese Treffpunkte für Jugendliche nicht berücksichtigt, wird jetzt und auch zukünftig nicht unsere Zustimmung finden.

Skandalös ist es, dass die Beratung zur Errichtung einer Spielhalle in Ostbevern mehrerer Stunden bedurfte, einschließlich einer Sondersitzung.

Unser Wunsch nach einem Treffpunkt für Jugendliche wurde, nach wenigen Minuten der Diskussion, abgelehnt.

Meine Damen und Herren von der CDU.

Nicht nachvollziehen konnten wir Ihr Verhalten bei der Abstimmung zur Errichtung einer Spielhalle in Ostbevern.

Wir sind gewählt worden, um die Interessen der Bürger in Ostbevern zu vertreten - und nur ihnen gegenüber sind wir verpflichtet.

Sagen Sie also eindeutig Nein - wenn Sie Nein meinen.

Ja bedeutet: Sie sind dafür.

Beschämend ist es, regelmäßig nach den Sitzungen zur Kenntnis zu nehmen, dass Fraktionsmitglieder der CDU offensichtlich nur mit Bauchschmerzen, verursacht durch einen quergeschluckten Fraktionszwang, solchen Anträgen zugestimmt haben.

Der Austritt eines prominenten Mitgliedes aus Ihrer Partei unmittelbar nach der Sitzung, auf Grund Ihres Abstimmungsverhaltens, sollte Ihnen zu denken geben.

Seit einigen Tagen liegt uns der Armutsbericht der Bundesregierung vor.

Wachsender Kinderarmut wird auch in Ostbevern immer mehr zur Kenntnis genommen werden müssen.

Unter fadenscheinigen Gründen nehmen Kinder nicht mehr an Klassenfahrten teil.

Besuche mit Freunden in Kinos können nicht mehr

stattfinden.

Urlaub, verreisen - Fremdwörter.

Sind Ihnen, meinen Damen und Herren, die psychosozialen Effekte, gerade für Kinder, von Armut nicht hinlänglich bekannt?

Unsere Fraktion hält es daher für geboten gerade jetzt, betroffene Kinder und Jugendliche von ALG 2 und Empfängern von Hilfen zum Lebensunterhalt freien Eintritt in unser Beverbad zu gewähren. Das hätte unser kleiner Beitrag zum Tropfen auf den heißen Stein zur Abmilderung sozialer Ausgrenzung von Kindern sein können.

Aber auch das, meine Damen und Herren von der CDU, haben sie verhindert.

Ihre öffentlich propagierte familienpolitische Offensive, Herr Bürgermeister, läuft ins Niemandsland der Unglaubwürdigkeit, wenn Ihnen für so einen kleinen Schritt der Mut fehlt.

Sie, Herr Bürgermeister, sind mit über 80% bei den Kommunalwahlen in Ihrem Amt bestätigt worden.

Eine große Verantwortung für Sie.

Durch Vertrauen und Verlässlichkeit wollen Sie sich auszeichnen.

Bringen Sie dieses Vertrauen uns hier im Rat entgegen.

Sie unterbreiten dem Bundesvermögensamt ein Angebot zum Kauf des ehemaligen Muni-Lagers in der Schirler Heide, lassen geschützte Bäume übers Wochenende fällen.

Wir Ratsmitglieder erfahren es durch die Presse.

Vieles erfahren wir erst durch die Presse. Das mag Ihnen genügen.

Uns nicht.

Beteiligen Sie uns.

Noch ist Ostbevern weit von einer Monarchie entfernt.

König Jürgen I. ???

ein Begriff mit dem wir uns nicht anfreunden dürfen. (War das jetzt schon Majestätsbeleidigung?)

Wie lautete unser Wahlplakat:

Hoffstädt fällt Entscheidungen.

Das mag der CDU genügen.

Für uns gilt weiterhin:

Der Rat fällt die Entscheidungen und ist für die Politik verantwortlich.

Das gilt auch für unser Beverbad.

Die ganze Umbaumaßnahme des Hallenbades war von Anfang auf einen bestimmten Nutzer ausgerichtet, den es heute nicht mehr gibt.

Hier haben Sie sich, Herr Bürgermeister, bereits im ersten Anlauf eine blutige Nase eingefangen.

Jetzt kommen Sie mit neuen Bauvorhaben, dessen Akzeptanz, Nachhaltigkeit, und vor allem finanzielle Machbarkeit mehr als fragwürdig ist. Das finanzielle Risiko, dass Banken nicht bereit waren zu übernehmen, soll jetzt die Gemeinde tragen? Nach dem Motto: No Risk No fun?

In Ihrer Haushaltseinbringung werfen Sie Land und Bund vor:

„ Es wird weiter „auf Pump“ gewirtschaftet.“

Wenn wir als Rat Ihnen nicht Einhalt gebieten, werden Sie es nichts anders machen:

Wir fordern weiterhin:

Keine Kommunal finanzierte „Mucki-Bude“ am Beverbad.

Keine Steuergelder für den An- bzw. Umbau des Beverbades für einen Mieter von dem wir nie wissen wie lange er uns erhalten bleibt.

In erster Linie ist das Vorhalten einer Bewirtschaftung in den Sommermonaten angesagt. Mit etwas Phantasie und vor allem weit aus geringerem Aufwand sollte dieses möglich sein.

Gerne nehmen wir zur Kenntnis, dass keine weiteren finanziellen Mittel für die Regionale 2004 in Ansatz gebracht wurden.

Keine weiteren Prestige-Objekte

Kein weiterer Mitfahrerparkplatz.

Die La Folie steht nun schon seit Wochen verwaist und ohne jeglichen erkennbaren Nutzen am Ortseingang.

Haben wir um die Weihnachtszeit noch einen anheimelnden Weihnachtsbaum zur Kenntnis nehmen dürfen, strahlt uns nunmehr die gähnende Leere entgegen.

Noch nicht einmal wenige Monate nach Eröffnung der Regionalen im vergangenen Jahr.

Oder soll dort vielleicht unser lang ersehnter Treffpunkt für Jugendliche entstehen???

Im Vorfeld der Kommunalwahl sind Sie Herr Bürgermeister und ^{sie} Herr Brand bei der Einführung der Niederschlagswassergebühr eingeknickt. Entgegen des gefassten, mehrheitlichen Beschlusses machten Sie, auf Druck der Gewerbetreibenden, einen Rückzieher.

Sie stehen damit auch **rechtlich** im Abseits.

Aus ökologischen und Gründen der Gebührengerechtigkeit bestehen wir jetzt erst recht auf Umsetzung der gesetzlich vorgeschrieben differenzierten Abwassergebühr.

Meine Damen und Herren,

- Rückzieher bei der Einführung der Niederschlagswassergebühr,
- Kein Treffpunkt für Jugendliche in unserem Dorf,
- Fehlende Solidaritätsbereitschaft mit den ärmsten unserer Kinder,
- Eine Spielhalle gegen jegliche Bedenken in allen Fraktionen
- unverantwortliche Investitionsvorhaben im Beverbad
-

veranlassen uns dem vorliegenden Haushaltsentwurf **nicht** zuzustimmen.

Bedanken möchte ich mich bei den Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere bei dem Räum- und Streudienst, dessen Einsatz wir in den letzten Tagen dankbar entgegen nehmen durften.

Bedanken möchte ich mich aber auch bei meiner Fraktion, die mir den Start in mein neues politisches Amt sehr erleichtert

hat.

Vielen Dank